STADT BIELEFELD
- Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration -

Sitzung Nr. ACI/005/2026 (2025-2030)

Niederschrift

über die Sondersitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration

am 01.07.2026

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:36 Uhr

Anwesend:

Mitglieder
Frau Murisa Adilovic
Herr Robert Alich
Herr Mehmet Aydin
Herr Murat Aykanat
Herr John Simon Chowdry
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Frau Kristina Kalashova
Herr Cihad Kefeli
Herr Andreas Schnajdrzyk
Herr Jürgen Zilke

Stellvertretende Mitglieder

Frau Nurcan Kayiplar	Vertretung für Herrn Sinan Altun
Frau Marianthi Kontelli	Vertretung für Herrn Georgios Papachatzis
Herr Eduard Welke	Vertretung für Herrn Alexander Zilke

CDU
Herr Aydin Özsan

SPD
Herr Jan Banze
Frau Carina Brodehl

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Lars Bauerdick

Die Linke
Frau Liza Koç

Nicht anwesend:

Mitglieder
Herr Sinan Altun
Herr Azad Amek
Herr Seymen Kaya Cabadag
Frau Roxana Lange
Herr Georgios Papachatzis
Frau Anchana Ravi
Herr Alexander Zilke

CDU
Herr Vincenzo Copertino

AfD
Herr Michael Sahm

FDP
Herr Micha Paul Kasper

Verwaltung

Kapriel Meser	Kommunales Integrationszentrum
Tülay Zengingül	Kommunales Integrationszentrum

Schriftführung

Frau Nina Buchholt	Kommunales Integrationszentrum

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der Vorsitzende Cihad Kefeli begrüßt die Anwesenden zur 4. Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Frau Kayiplar und Herr Welke werden verpflichtet.

Zu Punkt 1 **Einwohnerfragestunde**

-

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration am 03.06.2026**

Frau Doğan-Alagöz möchte 2 Passagen im Protokoll korrigiert haben:

1. Frau Doğan-Alagöz hat nach der Beschwerdestelle der IHK gefragt, nicht nach der Meldestelle
2. Die vakante Stelle der Antidiskriminierungsstelle wird noch ausgeschrieben

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Änderung eines Protokolls bestimmten Vorgaben unterläge und bittet um Abstimmung der vorliegenden Niederschrift. Er bittet darum, die Anmerkungen von Frau Doğan-Alagöz zu protokollieren. Eine Korrektur der Niederschrift könne schriftlich beantragt werden.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration am 06.05.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 - Der Vorsitzende Herr Kefeli schlägt vor, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Tagesordnungen der Sitzungen des ACI auf dessen Social-Media-Kanälen öffentlich gemacht werden sollten.

- Auf einer neu einzurichtenden Website des ACI sollten auch Fotos der Mitglieder aufgenommen werden. Einige Mitglieder sprechen sich gegen ein gemeinsames Gruppenfoto aus, da sie es ablehnten sich gemeinsam mit Rechtsextremen fotografieren zu lassen.

Zu Punkt 3.2 Herr Kefeli äußert seine Idee, dass jedes ACI-Mitglied eine eigene Emailadresse bekommen solle. Weitere Informationen hierzu würden noch folgen, wenn hier mehr Klarheit zur Umsetzung bestehe.

Zu Punkt 3.3 Frau Adilovic informiert darüber, dass am 11. Juli die Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrats stattfinden werde. Dort wird ein neuer Vorstand gewählt. Frau Adilovic lasse sich als stellvertretende Vorsitzende aufstellen und sei auch auf der Empfehlungsliste. Wenn Einladungen des LIR NRW nicht bei den Mitgliedern ankämen, bittet sie darum, sich an den Vorsitzenden Herrn Kefeli oder die Geschäftsstelle zu wenden.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Pflichtgremium**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1640/2025-2030

Der Vorsitzende äußert seinen Unmut darüber, dass diese umfangreiche Anfrage nicht beantwortet worden sei, obwohl sie wichtig für die weitere Arbeit an der Satzung sei und bemängelt dieses ausdrücklich.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Delegiertenzahl der Stadt Bielefeld in der Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates NRW - Anfrage von Murisa Adilovic**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1661/2025-2030

Frau Adilovic sagt, sie habe keine Ergänzungen zur Antwort der Verwaltung.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 4.3 **Vorgehen der Ausländerbehörde - Anfrage von Bündnis 90 /**

Die Grünen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1668/2025-2030

- Kritikpunkt an der Abschiebung eines sich in psychiatrischer Behandlung befindenden Mannes: die behandelnden Ärzte seien nicht konsultiert worden, dies sei gerade bei psychiatrischen Behandlungen sehr wichtig. Dieser Vorwurf sei nicht zurückgewiesen worden.
- Bei der letzten Sitzung sei bereits mit Frau Beckermann festgestellt worden, dass bei Abschiebungen oft die Menschen betroffen seien, auf die die Behörde „Zugriff“ habe, die richtigen Straftäter würden nicht abgeschoben.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Abschiebehaft (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 24.06.2026)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1673/2025-2030

- Abschiebehaft stelle eine Inhaftierung oder haftähnliche Zustände dar für Menschen, die keine Straftat begangen haben, dies solle gesellschaftlich nicht geduldet werden
- Die Antwort der Ausländerbehörde, dass keine Bielefelder*innen in Abschiebehaft seien, wird hinterfragt

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Mündliche Anfragen von Frau Adilovic

1. Frau Adilovic merkt an, dass ihre Anfrage in der Form nicht schön gestaltet wurde und fragt, ob dies das neue Vorgehen sei
2. Frau Adilovic fragt danach, ob die Verwaltung aktiv auch AK-Sitzungen begleiten werde, um zum Beispiel Protokoll zu schreiben, und wenn ja, ab wann das umgesetzt werde.

Antwort der Verwaltung: Grundsätzlich begleite die Verwaltung gerne auch die Arbeit von Arbeitskreisen. Die Form müsse allerdings in den konkreten Einzelfällen geklärt werden.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Einführung eines Monitorings der Bearbeitungszeiten in der

Kommunalen Ausländerbehörde und der Einbürgerungsstelle (Antrag des ACI-Mitglieds Azad Amek vom 18.06.2026)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1648/2025-2030

- Frau Adilovic plädiert für eine positive Entscheidung über den Antrag
- Auch der Vorsitzende begrüßt den Antrag, da so Probleme erfasst und dann angegangen werden könnten
- Frau Koc ergänzt, dass es auch positiv für die Verwaltung sei, Problemlagen zu erkennen
- Herr Zielke begrüßt den Antrag ebenfalls, fragt aber gleichzeitig, ob der Verwaltung dadurch zusätzliche Kosten entstehen würden.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration regt gegenüber dem Rat der Stadt Bielefeld an, die Verwaltung zu beauftragen, ein standardisiertes und fortlaufendes Monitoring der Bearbeitungszeiten in der Kommunalen Ausländerbehörde sowie in der Einbürgerungsstelle einzuführen. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, mit welchen technischen und organisatorischen Mitteln ein solches Monitoring unter Nutzung vorhandener Systeme oder einfacher ergänzender Erfassungs- und Auswertungsmöglichkeiten umgesetzt werden kann, ohne den laufenden Dienstbetrieb unverhältnismäßig zu belasten und hierzu ein Umsetzungskonzept vorzulegen. Das Monitoring soll der Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben der Kommune dienen und die Verbesserung von Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Steuerungsfähigkeit der Verwaltung bezwecken.

2. Das Monitoring soll mindestens folgende Zeitpunkte je Verfahren erfassen:
- **Eingang des Antrags,**
- **Feststellung der Vollständigkeit des Antrags,**
- **Eintritt der Entscheidungsreife,**
- **Erlass der Entscheidung,**
- **Terminvergabe für Vorsprachen,**
- **Abschluss des Verfahrens (z.B. Aushändigung des Dokuments bzw. Zustellung des Bescheids).**

3. Die Datenerfassung soll differenziert nach Verfahrensarten erfolgen, insbesondere für:
- **Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln,**
- **Arbeitserlaubnisse,**
- **Einbürgerungsverfahren**.

4. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung über das Ergebnis der Prüfung sowie das geplante Vorgehen zu berichten.

5. Nach Einführung des Monitorings wird die Verwaltung gebeten, dem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration sowie dem Rat der Stadt Bielefeld mindestens einmal jährlich einen

Bericht über die Entwicklung der Bearbeitungszeiten (aufgeschlüsselt nach Verfahrensarten) sowie gegebenenfalls ergriffene oder geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Verfahrensabläufe vorzulegen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 **<u>Aufnahme der Zuständigkeiten des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) in die Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld - Antrag von Murisa Adilovic</u>**

<u>Beratungsgrundlage:</u>
Drucksachennummer: 1662/2025-2030

- Begründung für den Änderungsantrag:
  - die Angabe einer zeitlichen Frist ist sinnvoll, da sich andernfalls manche Dinge zu lange hinziehen
  - damit der ACI seine Rechte wahrnehmen kann, wird auf §27 der Gemeindeordnung NRW hingewiesen
- Herr Banze bemängelt, dass die Zielsetzung und somit der Nutzen des Antrags unklar seien
- Antwort Frau Adilovic: viele Dinge seien in der Satzung nicht klar formuliert, so dass teilweise die Zuständigkeiten nicht klar seien. Daher sei eine Zuständigkeitssatzung sinnvoll. Dies würde auch zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit der ACI-Mitglieder untereinander sowie zwischen dem ACI und der Verwaltung führen.
- Herr Banze stellt fest, dass der ACI schon jetzt die gleichen Rechte habe wie andere Gremien auch. Er bittet darum, den Antrag klar zu formulieren.
- Der ACI solle zu allen integrationsrelevanten Themen befragt werden, diese werden aber häufig als Erstes an den Sozial- und Gesundheitsausschuss gegeben. Zudem würden Änderungen, z.B. bezüglich der Geschäftsführung, teilwiese nicht zur Abstimmung, sondern nur zur Kenntnisnahme an den ACI herangetragen.
- Herr Banze bittet darum, dies so in den Antrag zu schreiben. Er erläutert, dass die Reihenfolge, in der die Gremien über Anträge entscheiden häufig auch mit den Sitzungsterminen zusammenhänge.
- Herr Kefeli kommentiert den Antrag von Frau Adilovic: Der ACI solle in der Zuständigkeitsordnung aufgeführt sein: es gehe um die zeitliche Begrenzung und um die Abstimmung im Gremium, bevor das Ganze in den Rat gehen würde.

- Abstimmung Änderungsantrag:
  bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen
- Abstimmung Antrag in der geänderten Fassung:
  bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen

<u>Beschluss:</u>

1. Beschlussempfehlung an den Rat
Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration empfiehlt

dem Rat der Stadt Bielefeld, die Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld um einen eigenständigen Abschnitt „Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI)“ zu ergänzen.
2. Prüf- und Umsetzungsauftrag an die Verwaltung
Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der in diesem Antrag beschriebenen Zuständigkeiten einen Entwurf zur Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld innerhalb der nächsten drei Monate zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
Dabei ist sicherzustellen, dass die Aufgaben, Beteiligungsrechte und Mitwirkungsbefugnisse des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration als Pflichtgremium gemäß § 27 Gemeindeordnung NRW in gleicher Weise transparent und verbindlich geregelt werden wie die Zuständigkeiten der übrigen Fachausschüsse des Rates.
Der Entwurf ist dem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration zur vorherigen Beratung und Stellungnahme zuzuleiten und dem Rat der Stadt Bielefeld anschließend zeitnah zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2.1 Änderungsantrag zum Antrag „Aufnahme der Zuständigkeiten des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) in die Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld“

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1701/2025-2030

- zusammen mit TOP 5.2 beraten und abgestimmt -

-.-.-

Zu Punkt 6 Berichte aus den Ausschüssen

- Frau Adilovic: Beschwerde eines Bürgers, der auf seine Einbürgerung wartet, wurde an den HWBA weitergegeben, ohne vorab den ACI zu konsultieren, dies sei kein respektvolles Verhalten dem ACI gegenüber
- Frau Brodehl erwidert: nicht das Anliegen war das Problem, sondern ein Ausschuss kann in ein laufendes Verfahren nicht eingreifen. Zudem war der HWBA ohnehin zuständig, da es auch um strukturelle Probleme in der Ausländerbehörde geht.
- Herr Zielke berichtet aus dem Beirat für Behindertenfragen: statistisch würden 88 % der Menschen zu Hause gepflegt, dies betreffe besonders Menschen mit Migrationshintergrund. Er stellt sich die Frage, ob Pflegeeinrichtungen für diese Zielgruppe zu teuer seien?

-.-.-

Zu Punkt 7 **Satzung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1643/2025-2030

- Frage: warum wurde § 8 ersatzlos gestrichen, und warum wurden Änderungen in der Form durchgeführt?
- Der Vorsitzende äußert Unmut bezüglich der Verringerung der Mitgliederzahl. Zwar sei es nachvollziehbar, dass aufgrund der Haushaltssituation eine Verkleinerung des ACI in Betracht käme. Allerdings schmücke sich die Stadt mit dem ACI, daher sei eine Verkleinerung ein falsches Signal.
- Der ACI sei ein wichtiges Gremium, daher reichten Sitzungen allein nicht aus, um eine Arbeitsfähigkeit herzustellen, hierfür müsse auch in den Arbeitskreisen gearbeitet werden. Daher sei die Streichung von § 8 ärgerlich
- Wenn ein freiwilliges Gremium gesetzlich zu einem Pflichtausschuss gemacht wird, werde dadurch eine Besserung hervorgerufen, in diesem Fall sei eine Besserung aber nicht auszumachen. Daher sei es wichtig, die Satzung sachorientiert zu besprechen.
- Vor der Novellierung habe Bielefeld einen starken IR gehabt, der auch von den politischen Fraktionen ernst genommen und wertgeschätzt worden sei.
- Frau Adlovic merkt an, dass eine Verkleinerung des ACI auch vor dem Hintergrund, dass die migrantische Bevölkerung wachse, unverständlich und respektlos sei.
- Herr Özsan: Die Satzung entspreche in der jetzigen Form nicht dem Charakter des ACI, denn eine Satzung solle immer Hand in Hand gehen mit den Mitgliedern, die es auch betreffe.
- Frau Adilovic: Bielefeld sei ein Vorbild für die Satzungsmuster in NRW, viele wurden an die Bielefelder Satzung angelehnt. Nun würden Strukturen abgebaut und AKs abgeschafft. Die Verwaltung solle die Chance haben, nachzubessern, daher Beantragung als 1. Lesung
- Frau Dogan-Alagöz: der Wunsch für die 2. Lesung sei eine Erklärung, warum gerade die strittigen Punkte so entschieden worden seien.
- Herr Banze wünscht sich ebenfalls eine Einordnung der strittigen Punkte durch das Rechtsamt und eine Aufklärung in der nächsten Sitzung.
- Herr Kefeli: Nach der Sommerpause könnten die Änderungswünsche eingearbeitet werden. Ideen und Vorschläge sollten gerne an den Vorsitzenden geschickt werden.

- Abstimmung zur 1. Lesung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) sowie der Haupt-, Wirtschaftsförderung- und Beteiligungsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen.

Die als Anlage 1 beigefügte „Satzung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Bielefeld“ wird beschlossen.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 8 Verwendung von Restmitteln aus dem Integrationsbudget

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1430/2025-2030

- Frau Adilovic fragt, wie der Beschluss kommen konnte, ohne dass der ACI vorab kontaktiert worden sei? Inwiefern sei diese Vorgehensweise rechtlich machbar?
- Das Vorgehen sei auch deshalb unverständlich, weil es für die Entscheidung keinen zeitlichen Druck gebe
- Die Mitglieder des ACI seien Fachpersonen, deren Einschätzung berücksichtigt werden sollte
- Der Vorsitzende bittet um Mitgliederfeedback, um dann in der Septembersitzung erneut zu beraten
- Antrag auf 1. Lesung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt, der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt vorbehaltlich der Empfehlung des Integrationsrates:

Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Integrationsbudgets werden die Sprachcafés in den Stadtteilen Heepen und Stieghorst mit einem Betrag in Höhe von 40.000 Euro weiterfinanziert.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 9 Kindeswohlgefährdungsmeldungen und Inobhutnahmen 2024/2025

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1400/2025-2030

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 10 Frühe Hilfen und Aktivitäten im (präventiven) Kinderschutz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1401/2025-2030

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 11 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Keine Berichte

-.-.-

Der Vorsitzende Cihad Kefeli beendet die Sitzung um 18:36 Uhr.

gez. Cihad Kefeli (Vorsitzender)	gez. Nina Buchholt (Schriftführung)